

Dossier:

**Für eine humane Flüchtlingspolitik
in Europa**

**Gründe für die Flucht und Lösungsansätze für deren
Ursachen.**

Unel

Union nationale des étudiant-e-s du Luxembourg

Inhaltsverzeichnis:

Inhaltsverzeichnis:	1
Einleitung: Wie Flüchtlinge gebrandmarkt werden	3
Gründe für die Flucht:	4
Politische Verfolgung	4
Wirtschaftliche Misere.....	4
Folgen des Klimawandels	5
Verantwortungsvolle Lösungsansätze:	6
Ein ehrliche Außenpolitik der Menschenrechte	6
Fairer Handel statt reiner Freihandel und Almosen.....	6
Kampf gegen Klimawandel und Verantwortung für Folgen.....	6
Für eine humane europäische Flüchtlingspolitik	7
Warum die UNEL sich für Flüchtlinge einsetzt:.....	8
United.....	9
Appendix: Zahlen und Fakten rund um die „Festung Europa“	10

Dossier: Flüchtlingspolitik

Einleitung: Wie Flüchtlinge gebrandmarkt werden

In der öffentlichen Debatte werden Flüchtlinge unterschwellig als eine Bedrohung für “unser” Land, “unsere” Identität und “unsere” Arbeitsplätze gesehen. In rechtspopulistischen Diskursen, die leider all zu oft bis in die bürgerliche Mitte getragen werden, werden Flüchtlinge als Nutznießer und Profiteure gebrandmarkt. Oft werden Flüchtlinge nur als Menschen zweiter Klasse angesehen. Diese latent rassistische Sicht wird leider zunehmend institutionalisiert und von den Bürgern wie Medien verinnerlicht.

Dieses Dossier soll die Problematik der Flüchtlinge auf eine nuancierte Weise beleuchten und somit Vorurteile und Diskriminierung vorbeugen. Es sollen jedoch auch Wege für eine verantwortungsvollere Handhabung der Problematik und einen humanen Umgang mit den Menschen, welche hinter ihr stecken, angeführt werden.

Nach einer kurzen Einleitung zur Situation der Flüchtlinge in Europa soll auf die verschiedenen Gründe für ihre Flucht eingegangen werden. Danach sollen Lösungsansätze für die Probleme in den Heimatländern der Flüchtlinge aufgezeigt werden. In einem dritten Schritt soll dann die europäische Flüchtlingspolitik kritisch hinterfragt werden.

Trotz des leichten Anstiegs von Flüchtlings- und Asylanträgen um 11% beziehungsweise 6% in den vergangenen zwei Jahren, entspricht das Schreckensszenario der Flüchtlingsströme, welche die europäische Union überschwemmen um nur von „unserer“ sozialen Absicherung und anderen Errungenschaften zu profitieren, nicht der Wahrheit. Tatsächlich sank die Zahl der Flüchtlinge von dem historischen Hoch von 2001 (623.000) um -55% auf 307.000 im Jahr 2006.

Doch trotz dieser Tatsachen wird in öffentlichen Debatten nach einer zunehmend restriktiveren Flüchtlingspolitik verlangt. Vergessen wird hierbei jedoch, dass, auch wenn Stacheldraht und Grenzschutz

abschreckende Wirkungen besitzen, eine restriktivere Politik nicht die eigentlichen Gründe der Flucht (sog. Push-Faktoren) verändert. Somit bleibt die Hauptkonsequenz der verschärften europäischen Flüchtlingspolitik eine humanitäre Tragödie, welche sich tagtäglich an den Grenzen und innerhalb der europäischen Union abspielt. Seit 1993 hat das europäische Netzwerk gegen Rassismus UNITED über 13.000 Tode von Flüchtlingen an den EU-Grenzen dokumentiert, die Dunkelziffer liegt weitaus höher.

Überblick: Flüchtlinge und Asylsuchende (für EU 27)		
Jahr	Zuwachs in Prozent	Absolute Zahlen
2001		623.000
2002		
2003		
2004		
2005		
2006	-55%	307.000
2007	11%	
2008	6%	383.000

Quelle: UNCHR (2009): Asylum levels and trends in industrialized countries.

Gründe für die Flucht:

Wenn Menschen ihr Zuhause, ihre Familien und ihre Freunde verlassen, um sich auf den unsicheren Weg in ein fremdes Land zu begeben, tun sie dies nicht aus Spaß an der Freude oder um Europäern ihren Arbeitsplatz zu „klauen“. Sie tun dies, weil es für sie ganz konkrete Gründe gibt: Weil das Leben in ihrem Heimatland unerträglich wurde und weil sie in ihrer Existenz bedroht sind. Hier sollen nur die drei Hauptgründe für eine Flucht kurz skizziert werden. Es soll jedoch besonders auf die europäische Mitverantwortung für die lokalen Probleme hingewiesen werden. Denn oft liegt der Grund für die Flucht aus der „Dritten Welt“ in einer politischen Entscheidung der „Ersten Welt“.

Politische Verfolgung

Einer der wohl am unumstrittensten Gründe für eine Flucht ist der der politischen Verfolgung. Laut Genfer Flüchtlingskonvention reicht schon „die begründete Furcht“ vor politischer Verfolgung um den Status des Flüchtlings zu erlangen. Oft führen sozio-ökonomische Probleme zu politischen Spannungen, die immer wieder in gewaltvolle Konflikte umschlagen. In solchen Fällen sind es oft Minderheiten die als politische Sündenböcke zur Zielscheibe von Gewalt und Verfolgung werden. Neben der politischen Verfolgung sind natürlich auch die Verfolgung auf Grund von „Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe“¹ zu nennen. Obwohl die politische Verfolgung der älteste anerkannte Grund für eine Flucht ist, sank die Zahl der Asylsuchenden, denen politisches Asyl gewährt wurde². Natürlich können politische Probleme als innenpolitische Angelegenheit auf die der Westen keinen Einfluss hat bezeichnet werden, doch sind auch die wirtschaftlichen und politischen Implikationen des Westens zu bedenken. Zum Beispiel werden Menschenrechtsverletzung gebilligt, wenn es um eine lukrative wirtschaftliche Kooperation zwischen Staaten geht (vor kurzen in der Frage der Atomkraft zwischen Frankreich und Lybien).

Wirtschaftliche Misere

Wenn Menschen vor Ort absolut keine Perspektive mehr für das Erwirtschaften einer Lebensgrundlage für sich und ihre Kinder sehen, bleibt ihnen oft nur die Flucht. Doch gerade die wirtschaftliche Misere in Teilen Afrikas ist sehr direkt auf eine unfaire Außenhandelspolitik der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union zurückzuführen. Einerseits wurde Entwicklungs- und Schwellenländern ein immer radikalerer Freihandel aufgezwängt und andererseits schützen sich die Industrienationen durch versteckte Zölle und

¹ Wortlaut: Art. 1, Abs. 2. Genfer Flüchtlingskonvention

² In Deutschland ist diese Tendenz besonders stark ausgeprägt, siehe Jahres Berichte Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Subventionen. In der Konsequenz führten die fast vierzig Jahre enthemmten Freihandels zu einer immer größer werdenden Ungleichheit zwischen Entwicklungs- und Industrieländern. Gleichzeitig zeigte der Neoliberalismus sich keineswegs als das effektivere Wirtschaftsmodell: Die Steigerung des weltweiten Bruttonutzenprodukts pro Kopf sank von 3,3% in den Jahren 1961-70 auf 1,4% in dem Jahrzehnt von 1991-2000³.

Folgen des Klimawandel

Ein Faktor der bis jetzt in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit, aber auch von staatlichen Institutionen, vernachlässigt wurde, ist die zunehmende Zahl an Klimaflüchtlingen. Wie zum Beispiel die internationale Organisation für Migration (IMO) in einem ihrer Berichte feststellte, könnten bis Mitte des Jahrhunderts bis zu 200 Millionen Menschen durch den Klimawandel gezwungen sein nach einer neuen Heimat zu suchen⁴. Denn leider sind die ersten Opfer der Folgen des Klimawandels oft die, die ihn am wenigsten zu verantworten haben – die Bewohner der südlichen Hemisphäre. Es sind vor allem die armen Bevölkerungsschichten in den Staaten der Dritten Welt, welche Erosion, Dürre, Stürmen, Überschwemmungen oder dem Anstieg des Meeresspiegels am schutzlosesten ausgeliefert sind⁵. Diesen Menschen wird dann nichts anderes übrig bleiben als sich in Richtung Europa zu begeben.

Ähnlich wie bei der wirtschaftlichen Misere lässt sich auch beim klimatischen Wandel eine Verbindung zu den westlichen Industriestaaten herstellen, die den größten Anteil der bisher ausgestoßenen CO₂-Emissionen zu verantworten haben.

³ Quelle: Weltbank, zitiert nach Alternative Economique, Nr. 281 juin 2009, Seite 51.

⁴ Appave, Gervais/ Cholewinski, Ryszard (Hrsg) (2008): World Migration 2008, volume 4, International Migration Organisation, Genf, S. 414.

⁵ Bericht des United Nations University Institute for Environment and Human Security: Warner, Koko (Hrsg) (2009): In search of shelter, Mapping the Effects of Climate Change on Human Migration and Displacement. New York.

Verantwortungsvolle Lösungsansätze:

Flüchtlinge haben also sehr reale und legitime Gründe in Europa nach Zuflucht zu suchen und haben deshalb recht auf eine humane und solidarische Flüchtlingspolitik. Gleichzeitig müssen jedoch auch die wahren Gründe der Flucht gelöst werden.

Ein ehrliche Außenpolitik der Menschenrechte

Um politischer Verfolgung vorzubeugen muss im Spannungsverhältnis von Völkerrecht und Menschenrecht operiert werden. Einerseits gilt es die innere und äußere Souveränität der Staaten zu respektieren, andererseits sollten Verstöße gegen die Menschenrechte vorgebeugt werden. Dies kann nur durch eine koordinierte Außenpolitik der EU geschehen, bei der die Menschenrechte einen Orientierungsrahmen für Entscheidungen geben. Die EU muss ihre Rolle als Zivilmacht noch mehr wahrnehmen und sich die entsprechenden Strukturen geben. Internationale Institutionen, die politische Konflikte vorbeugen könnten, müssen reformiert werden und an die Realität des 21. Jahrhundert angepasst werden. Nur durch ein stärkeres Einbeziehen der südlichen Hemisphäre kann die UNO wieder legitimiert werden und somit stärker Konflikte vorbeugen.

Fairer Handel statt reiner Freihandel und Almosen

Um die wirtschaftliche Ungerechtigkeit und die wirtschaftliche Misere in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu bekämpfen, braucht es einen internationalen fairen Handel. Um diesen zu schaffen, bedarf es einer internationalen Kooperation, bei der sich Industrie-, Entwicklungs- und Schwellenländer gleichberechtigt zusammenschließen. Internationale Organisationen, wie die Welthandelsorganisation (WTO), müssen endlich auch im Interesse einer gerechteren Verteilung der Früchte des Welthandels agieren. Die Europäische Union darf nicht weiter die lokalen Märkte der Entwicklungsländer mit billigen subventionierten Agrarprodukten überschwemmen. Des Weiteren muss die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) gestärkt werden und konsequenter gegen Ausbeutung und Missachtung von Menschenrechten bei der Herstellung von Produkten für die westlichen Märkte vorgegangen werden.

Kampf gegen Klimawandel und Verantwortung für Folgen

Um der Flucht vor den Folgen des Klimawandels entgegen zu wirken muss auf mehreren Ebenen eingegriffen werden. Erstens müssen die Verursacher der Emissionen verstärkt die Staaten bei kurzfristigen und direkten Maßnahmen gegen die Erosion von Böden und anderen Folgen unterstützen. Zweitens gilt es jedoch auch noch viel entschiedener gegen die weitere Anheizung des Klimas zu kämpfen. Dies kann jedoch nur durch eine koordinierte energische Klimaschutzpolitik auf internationaler Ebene geschehen. Bei dieser sollten die westlichen Industriestaaten, alleine schon aus ihrer historischen Verantwortung heraus, eine Vorreiterrolle spielen. Das Völkerrecht muss jedoch auch verantwortungsvolle Lösungen für die kleinen Inselstaaten finden, welche nun durch den Anstieg des Meeresspiegels zu verschwinden drohen.

Für eine humane europäische Flüchtlingspolitik

Eine humane europäische Flüchtlingspolitik die langfristig angelegt ist, versucht also nicht die Menschen, welche aus sehr legitimen Gründen den schweren Weg nach Europa auf sich genommen haben, wie feindliche Eindringlinge zu behandeln. Anstatt die Menschen auf offener See verdursten oder ertrinken zu lassen, sie in Flüchtlingslagern einzupferchen oder sie kriminellen Schlepperbanden zu überlassen sollten ihre Sorge und Ängste ernst genommen werden. Die reiche EU kann die Flüchtlinge aufnehmen ohne sich zu überlasten, wenn es auch endlich eine Solidarität zwischen den EU-Staaten gibt und nicht nur die Staaten an den Grenzen die Flüchtlinge aufnehmen.

In den jeweiligen EU-Staaten können, unter Voraussetzung von einer effektiven Unterstützung durch Behörden und NROs, sich die Flüchtlinge schnell integrieren und somit die Vielfalt der Gesellschaft weiter bereichern. Hierzu muss die Gesellschaft jedoch auch ihr Bild von Flüchtlingen ändern. Diese dürfen nicht weiterhin als potenziell-gewalttätige Fremde angesehen werden, sondern als das was sie sind: vollwertige Menschen.

Warum die UNEL sich für Flüchtlinge einsetzt:

Flüchtlingspolitik scheint auf den ersten Blick nicht zum Kernbereich einer Studierendenorganisation zu gehören. Doch leider sind auch immer wieder Schüler unter uns von der restriktiven Flüchtlingspolitik betroffen. Im Jahr 2008, war es der Fall der jungen Azra der zeigte wie schnell aus einer Klassenkameradin für die Behörden eine abzuschiebende Person wurde. Die UNEL setzt sich also insbesondere für das Bleiberecht von Schülern und ihren Familien ein. Oft haben diese den größten Teile ihres Lebens in Luxemburg verbracht und sich gut in unsere Gesellschaft und die Schule integriert. Oft beherrschen diese Schüler das Luxemburgische besser als die Sprache ihres Ursprungslandes. Doch trotzdem zögern die Behörden nicht, auch gut integrierte SchülerInnen, die auch eine Bereicherung für unsere Gesellschaft darstellen, abzuschieben.

Auch spielt die Flüchtlingspolitik für die UNEL aus demokratischer und rechtsstaatlicher Sicht eine wichtige Rolle. Denn leider werden repressive Maßnahmen, wie das Erfassen von biometrischen Daten und andere Überwachungsmaßnahmen zuerst an Minderheiten wie Flüchtlingen angewendet, bevor sie sich in der gesamten Gesellschaft durchsetzen. Besonders nach den Attentaten des 11. Septembers verstiegen sich Staaten immer mehr im Sicherheitswahn. Die ersten Opfer der Aushöhlung von demokratischen Werten zu Gunsten der Sicherheit sind Minderheiten, wie vor kurzen auch eine Studie des Open Society Institute New York belegte⁶. Wir müssen also schon Heute die Rechte der Minderheiten schützen, um nicht Morgen die Rechte aller beschnitten zu sehen. Auch abgesehen von diesen Tatsachen, stellen, für die UNEL, sowohl Minderheitenrechte im Allgemeinen und das Recht auf Asyl im Besonderen, konstitutive Werte für eine rechtsstaatliche Demokratie dar, die es zu schützen und zu verteidigen gilt. Wie die vorangegangenen Erläuterungen zeigen sollten, begeben sich Menschen nicht ohne Grund auf die Flucht. Deswegen dürfen Asylsuchende auf keinen Fall kriminalisiert werden oder als „illegal“ abgestempelt werden. Auf Grund ihrer Verantwortung sind die westlichen Staaten verpflichtet die Flüchtlinge solidarisch auf zu nehmen und ihnen Unterstützung zu gewähren.

⁶ Open Society Institute (2009): Ethnic Profiling in the European Union: Pervasive, Ineffective, and Discriminatory, New York.

United

UNITED ist das größte europaweite Netzwerk gegen Rassismus. Es wird aus über 560 Organisationen aus 46 Ländern gebildet. UNITED wurde 1992 gegründet und setzt sich unter anderem auch für Flüchtlingsrechte ein. Ziel des Netzwerkes ist es lokale Organisationen miteinander zu verbinden und Informationen bereit zu stellen. Jedes Jahr finden drei europaweite Kampagnen statt, an den sich die jeweiligen Organisationen beteiligen können:

- Aktionswoche gegen Rassismus, um den 21. März (Internationaler Tag der UNO gegen Rassismus)
- Internationaler Flüchtlingstag am 20. Juni (Welttag der Migranten und Flüchtlinge der UNO)
- Internationaler Tag gegen Faschismus und Antisemitismus am 9. November (Jahrestag der Reichsprogromnacht 1938)



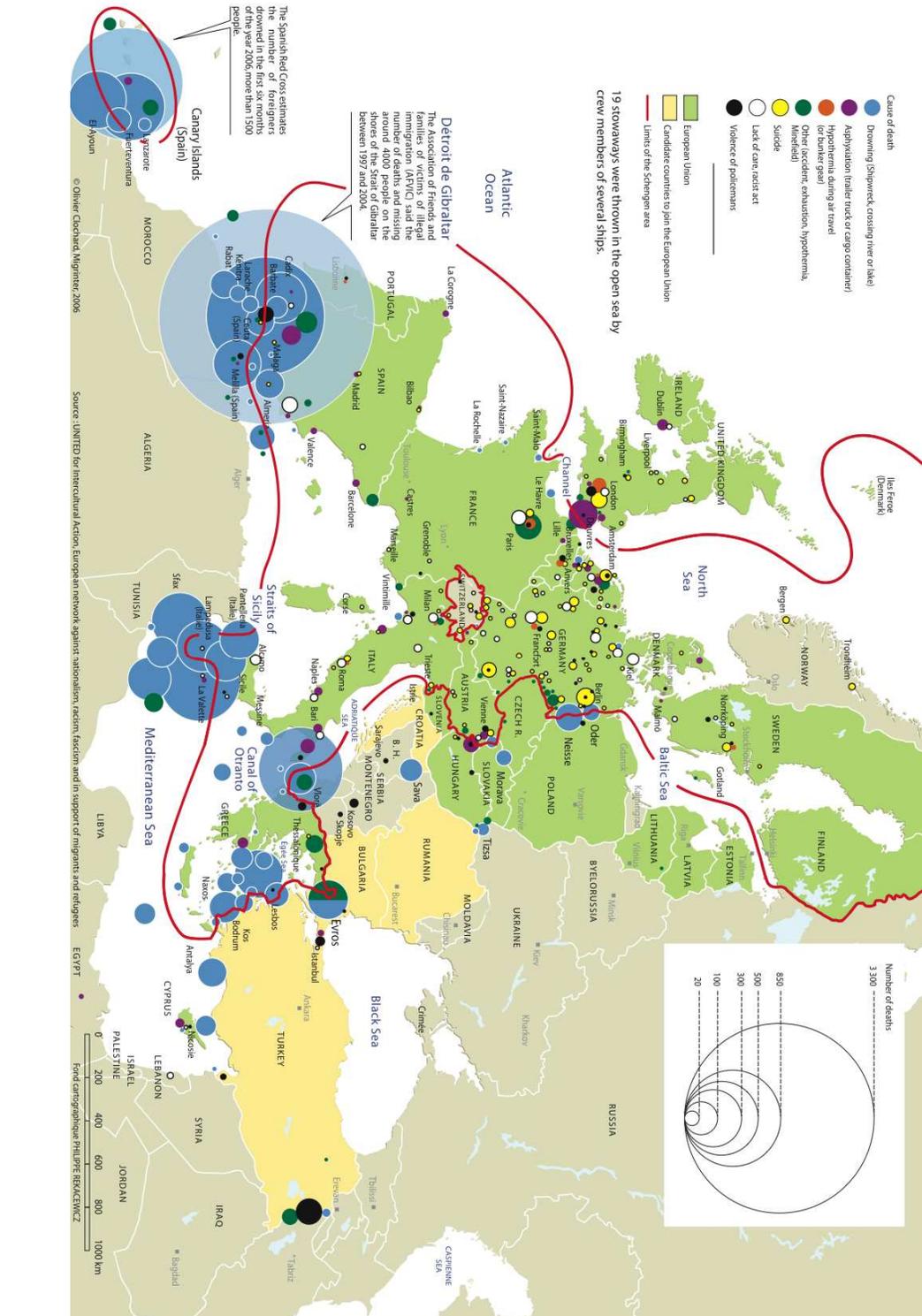
International Refugee Day

Der Welttag der Migranten und Flüchtlinge geht auf eine UN-Resolution (Nr. 55/76) der Generalversammlung zurück. Er wurde zum ersten Mal zum 50. Jahrestag des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) im Jahre 2001 abgehalten. Zuvor gab es lediglich nationale Flüchtlingstage.

Das UNITED-Netzwerk nutzt diesen Tag um auf die Situation der Flüchtlinge in Europa und der Welt hinzuweisen. Durch vielfältige und kreative Aktionen sind die lokalen Organisationen dazu aufgerufen die Flüchtlingspolitik kritisch zu beleuchten und für einen humanen und solidarischen Umgang mit Flüchtlingen zu werben.



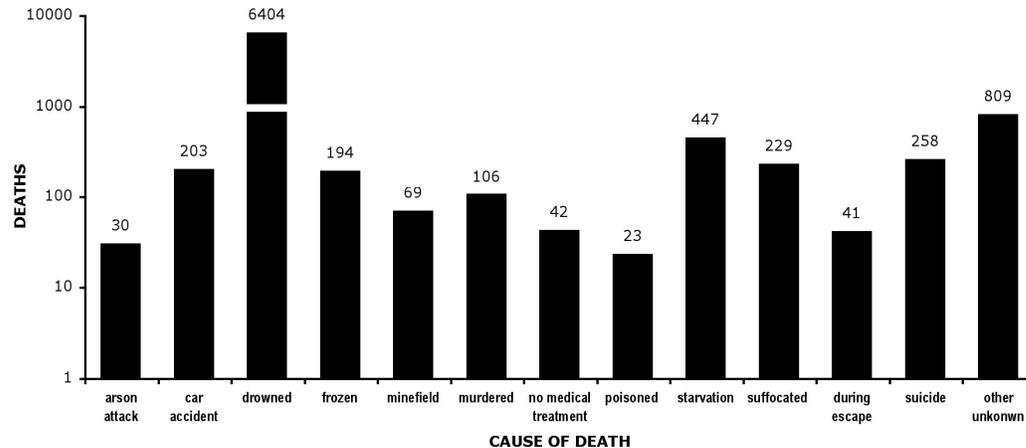
Appendix: Zahlen und Fakten rund um die „Festung Europa“⁷



⁷ Übernommen aus: The Deadly Consequences of "Fortress Europe", Infolleat Nr. 24., May 2009. <http://www.unitedagainstracism.org/pages/info24.htm> [14.06.09]

CAUSES OF DEATHS

REFUGEE DEATHS ATTRIBUTED TO FORTRESS EUROPE (2007)

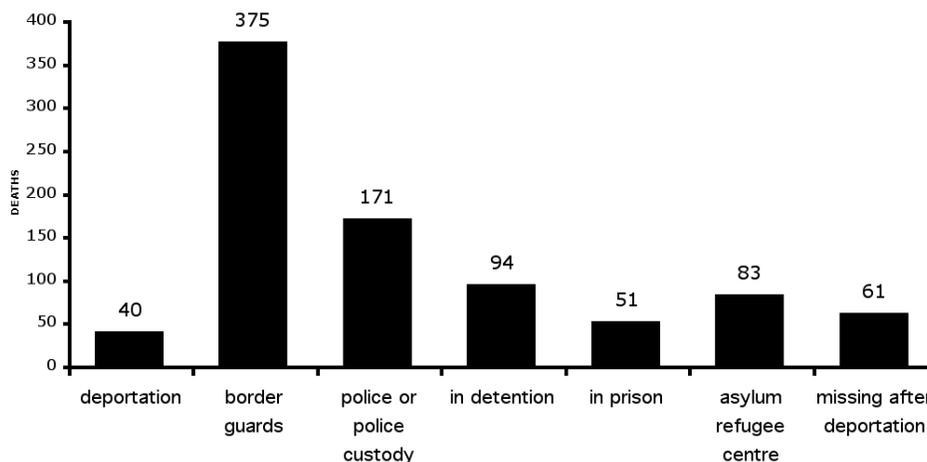


Used data for this statistic based on research results in 2007

DEATHS DIRECTLY ATTRIBUTED TO STATE-SERVICES

This chart shows the number of persons whose death can be attributed to police or border guard action. It is nearly 10% of the total number of deaths. These cases include deportation deaths or suicides in refugee centres, and cases of border guards shooting people that cross borders 'illegally', as well as police chasing 'sans-papiers' to their deaths. The number of these cases is alarming and it is to be feared, that it indicates an even higher occurrence of maltreatment of refugees in Europe.

REFUGEE DEATHS ATTRIBUTED TO STATE SERVICES (2007)



Used data for this statistic based on research results in 2007